

Verwaltung, Verein Pro Jugend und Ehrenamtliche gemeinsam für Prävention

„Wir wollen die Präventionsarbeit in einem für die Stadt vernünftigen und machbaren Rahmen organisieren und dabei Verwaltung, Verein Pro Jugend und Ehrenamtliche einbinden“, sagt Udo Quaschigroch (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Familie und Senioren. Die SPD-Fraktion habe einen entsprechenden Antrag eingebracht. Präventionsarbeit sei eine kommunale Aufgabe und nur durch Ehrenamtliche nicht zu leisten. Sie solle daher auf bewährte Strukturen zurückgreifen. Diese wären zum einen das Sozialamt der Stadt, welches nach Meinung der SPD für die Organisation im Allgemeinen wie Schriftverkehr, Formalitäten, Projektabwicklung etc. zuständig sein sollte und zum anderen der Verein Pro Jugend als institutionalisierte Jugendhilfe vor Ort, zukünftig verantwortlich für die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit sowie die pädagogische Begleitung der verschiedenen Projekte, erläutert der Fraktionsvorsitzende Matthias Windhaus den SPD-Antrag. Die Unterstützung der Verwaltung existiere in allen Städten des Landkreises und zwischen Jugendhilfe vor Ort und Präventionsarbeit gäbe es zudem viele Schnittmengen. Somit könnten vorhandene Ressourcen und Synergieeffekte genutzt werden, welche durch die schon seit Jahren praktizierte Zusammenarbeit aufgebaut worden seien. Mit dieser Organisationsform könnten dann auch wieder mehr Ehrenamtliche zur Mitarbeit gewonnen werden, da Aufgaben in einem überschaubaren Rahmen und an bestimmten Projekten orientiert übernommen werden könnten. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte insgesamt einschließlich der an den Verein Pro Jugend übertragenden aufsuchenden Familienarbeit ein 20-Stundenkontingent geschaffen werden, so Fachausschussmitglied Wessel Mährlein (SPD). Das Schaffen einer isolierten neuen Stelle berücksichtige vorhandene Kapazitäten nicht und verbrauche unnötigerweise neue Ressourcen und wäre somit zu teuer für die Stadt.